

Konturen einer neuen Sozialpolitik

Neue Ideen für eine Sozialpolitik in Zeiten der Digitalisierung.

INHALTSVERZEICHNIS

AUF EINEN BLICK	Seite 2
1. Neue Herausforderungen für die Sozialpolitik.....	3
2. . Eine Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert	4
3. Ein bedingungsloses Grundeinkommen als Lösung?.....	5
4..Ein lernabhängiges Grundeinkommen als Lösung?	7
5. Fazit.....	8



Uwe Burkert

HEAD OF RESEARCH, GROUP CHIEF ECONOMIST
 (+49) 711 127-73462
 uwe.burkert@LBBW.de

AUTOREN

Dr. Guido Zimmermann

SENIOR ECONOMIST
 (+49) 711 127-71640
 GUIDO.ZIMMERMANN@LBBW.DE

Dr. Jens-Oliver Niklasch

SENIOR ECONOMIST
 (+49) 711 127-76371
 JENS-OLIVER.NIKLASCH@LBBW.DE

Sozialpolitik in Zeiten der Digitalisierung

Auf einen Blick:

- Die digitale Transformation der deutschen Volkswirtschaft impliziert neue Herausforderungen für die Sozialpolitik. Denn Routine- und Nicht-routinetätigkeiten werden verstärkt durch Roboter übernommen. Damit werden die Anforderungen an die Arbeitnehmer in Bezug auf Kenntnisse und Flexibilität größer, zukünftige Arbeitsverhältnisse werden instabiler und Arbeitnehmer mit geringer und mittlerer Ausbildung kommen immer stärker unter Druck.
- Verändert sich die Volkswirtschaft aufgrund der Digitalisierung aller Voraussicht nach grundlegend, so muss auch die Sozialpolitik neue Wege gehen. Erstens, weil nun mal nicht jeder dazu geboren ist, ein Crowdworker zu sein. Zweitens, weil Bildungsanstrengungen eine lange Zeit benötigen bis sie Früchte tragen und die Tendenz einer Kluft zwischen „Oben“ und „Unten“ in den Bildungsmöglichkeiten sowie eine mangelnde Durchlässigkeit zwischen den Bildungsschichten nicht von der Hand zu weisen sind. Drittens dürfte die Diskriminierung von „Alten“ (ab dem 40. Lebensjahr) („Ageism“) trotz der Notwendigkeit der Nutzung dieses Erwerbspersonenpotenzials aller Wahrscheinlichkeit anhalten. Damit hat diese immer größer werdende Alterskohorte wohl auch wenig Chancen, sich durch Fort- oder Umschulungsmaßnahmen gegen eine Automatisierung ihrer Stellen in Bezug auf ihr derzeitiges Einkommen zu schützen, um hierdurch das bisherige Einkommen zu sichern..
- Welche Fragen müssen die Sozialpartner und die Politik damit beantworten: Wie soll das soziale Netz für (Schein-) Selbstständige bzw. Crowdworker aussehen? Müssen die Kranken- und Arbeitslosenversicherung reformiert werden, um Selbstbeschäftigten hier gerecht zu werden? Sind digitale Plattformen in Bezug auf die Einhaltung von Lohn- und Arbeitszeitstandards in Haftung zu nehmen? Benötigt es neue (gewerkschaftlich begleitete?) Gremien, in denen Selbstbeschäftigte ihre Probleme adressieren können? Braucht es neue, einfache und transparente Technologien, die Selbstbeschäftigten helfen Altersvorsorge zu betreiben? Sind (staatliche) Beratungsdienstleistungen in Bezug auf Finanzen, Steuern und Versicherungen für Arbeitnehmer mit volatilen Einkommensströmen von Nöten? Müssen neue Weiterbildungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, Unternehmen, Gewerkschaften und Hochschulen geschaffen werden? Sind digitale Zeugnisse bzw. Bewertungen notwendig, die die Arbeitnehmer, die in Zukunft wohl stärker von ihren Kunden und Ansprechpartnern beurteilt werden, jederzeit transferieren können.
- Wir befürworten daher, dass die Arbeits- und Sozialpolitik sich in Experimenten in ausgewählten Landkreisen ausprobiert, um für den deutschen Arbeitsmarkt institutionell adäquate sozialpolitische Lösungen in einem „learning-by-doing“ zu finden. Auszuprobieren wären hier Formen des Sozialkontos nach französischem Vorbild, Lohnsubventionen oder ein lernabhängiges Grundeinkommen. Hier ist essenziell, dass die Anreizwirkungen dieser Instrumente auf die Beschäftigten eruiert werden, um sie danach auf Deutschland zu übertragen.

Sozialpolitik in Zeiten der Digitalisierung

1. Neue Herausforderungen für die Sozialpolitik

Die Transformation der deutschen Volkswirtschaft impliziert neue Herausforderungen für die Sozialpolitik. Denn wie schon mehrfach von uns aufgezeigt

- werden Routine- und Nichtroutine-tätigkeiten verstärkt durch Methoden der Künstlichen Intelligenz übernommen;
- werden damit zukünftig Arbeitsverhältnisse instabiler,
- die Anforderungen an die Arbeitnehmer in Bezug auf Kenntnisse und Flexibilität größer,
- und Arbeitnehmer mit geringer und mittlerer Ausbildung kommen immer stärker unter Druck.

Die wesentlichen Herausforderungen für den Arbeitsmarkt und damit den Sozialstaat sind damit die folgenden:

- Niedrige Reallöhne (v.a. im Dienstleistungssektor), die wesentlich durch eine historisch relativ niedrige Arbeitsproduktivität bedingt sind.
- Die schlechte Passung der von den Arbeitnehmern angebotenen Fähigkeiten und den von den Arbeitgebern gesuchten Fähigkeiten in der Zukunft.
- Die Digitalisierung erfordert neue Kenntnisse seitens der Arbeitnehmer.
- Neue Geschäftsmodelle via digitale Plattformen über die Arbeitnehmer als Quasi-Selbstständige („Crowdworking“) temporär angeheuert werden.

Verändert sich die Volkswirtschaft aufgrund der Digitalisierung damit aller Voraussicht nach grundlegend, so muss auch die Sozialpolitik neue Wege gehen.

- Erstens, weil nun mal nicht jeder dazu geboren ist, ein Crowdworker zu sein.
- Zweitens, weil Bildungsanstrengungen eine lange Zeit benötigen und die Tendenz einer Kluft zwischen „Oben“ und „Unten“ in den Bildungsmöglichkeiten sowie eine mangelnde Durchlässigkeit zwischen den Bildungsschichten nicht von der Hand zu weisen sind.
- Drittens dürfte die Diskriminierung von Alten (ab dem 40. Lebensjahr) („Ageism“) trotz der Notwendigkeit der Nutzung dieses Erwerbspersonenpotenzials aller Wahrscheinlichkeit anhalten. Damit hat diese immer größer werdende Alterskohorte wohl auch wenig Chancen, sich durch Fort- oder Umschulungsmaßnahmen gegen eine Automatisierung ihrer Stellen in Bezug auf ihr derzeitiges Einkommen zu schützen, um hierdurch das bisherige Einkommen zu sichern.

Neue Herausforderungen für die Sozialpolitik.

Sozialpolitik in Zeiten der Digitalisierung

2. Eine Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert

Welche Fragen müssen die Sozialpartner und die Politik damit beantworten (siehe hierzu auch Good Work – The Taylor Review of Good Work Practices, 2017, u. Proposal for Modernizing Labor Laws for Twenty-First-Century Work: The “Independent Worker”, Seth D. Harris/Alan B. Krueger)? Welche Konturen müsste eine Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert annehmen.

- Schaffung eines sozialen Netzes für Crowdworker bzw. (Schein-) Selbstständige.
- Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung der unteren und mittleren Lohngruppen (Stichwort „kalte Progression“).
- Müssen die Kranken- und Arbeitslosenversicherung reformiert werden, um Selbstbeschäftigten hier gerecht zu werden?
- Sind digitale Plattformen in Bezug auf die Einhaltung von Lohn- und Arbeitszeitstandards in Haftung zu nehmen?
- Benötigt es neue (gewerkschaftlich begleitete?) Gremien, in denen Selbstbeschäftigte ihre Probleme adressieren können?
- Neue, einfache und transparente Technologien, die Selbstbeschäftigten helfen Altersvorsorge zu betreiben sind notwendig.
- (Staatliche) Beratungsdienstleistungen in Bezug auf Finanzen, Steuern und Versicherungen für Arbeitnehmer mit volatilen Einkommensströmen.
- Eine Vereinfachung des Steuerrechts insbesondere für die unteren Lohngruppen.
- Implementierung neuer Weiterbildungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, Unternehmen, Gewerkschaften und Hochschulen.
- Digitale Zeugnisse: Arbeitnehmer, die in Zukunft wohl stärker von ihren Kunden und Ansprechpartnern beurteilt werden, sollten die Möglichkeit bekommen, diese digitalen Bewertungen jederzeit transferieren zu können.

Sozialpolitik in Zeiten der Digitalisierung

3. Ein bedingungsloses Grundeinkommen als Lösung?

Es kommt angesichts der zu erwartenden Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt daher nicht von ungefähr, dass Forderungen nach einem Universal Basic Income (UBI), d.h. einem bedingungslosen Grundeinkommen, in verschiedenen Ländern – und hier v. a. in den USA und Großbritannien – aufgekommen sind. So wird dies für die USA angesichts der Roboterisierung angesichts des schwachen Sozialstaats in den Vereinigten Staaten schon fast als ein „Muss“ angesehen. Die Schweiz hat hierüber abstimmen lassen, in Finnland und Kenia wird es getestet. Ein Urteil steht hier noch aus.

In aller Kürze würde ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von z. B. 1000 Euro (das höher wäre als das Arbeitslosengeld II („Hartz IV) mit 409 Euro Regelsatz ab 01.01.2017 zuzüglich Wohngeld etc. und das an die Bedingung der nachgewiesenen Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme sowie der Anrechnung des privaten Vermögens gekoppelt ist) an alle Erwerbstätigen gezahlt werden.

Die Sorgen der Kritiker beziehen sich zum einen auf die Kosten, weil dieses Grundeinkommen höher angesetzt wäre als die bisherigen an Bedingungen geknüpften Transfers wie Hartz IV. Dieses müsste durch höhere Steuern der Arbeitnehmer bezahlt werden. Leistungslose Einkommen würden damit durch vermehrte Beiträge von Leistenden finanziert. Kritiker monieren hier daher zum anderen, dass dies ungerecht wäre, wobei hier implizit die Annahme dahinter steht, dass die Empfänger des UBI dann gar nicht mehr ihre Arbeit auf dem Arbeitsmarkt anbieten würden, weil der durch das Grundeinkommen gesetzte Reservationslohn (der Lohn, der Arbeit unattraktiv macht – die Annahme ist hier, dass Arbeit ein „Leid“ ist) zu hoch wäre. Befürworter glauben dagegen, dass sogar verstärkt Arbeit von den Beziehern angeboten würde, weil diese nun eine Tätigkeit ausüben könnten, die ihnen tatsächlich Freude bereitet.

Was die Kosten betrifft, so wären diese sicherlich immens, wenn erstens das bisherige Sozial- und Steuersystem völlig umgebaut werden müsste, weil alle Steuerprivilegien, -freibeträge, und sonstigen Transfers beseitigt würden. Das damit höhere Steueraufkommen müsste aber gegengerechnet werden. Die Kosten des UBI könnte z.B. durch Kappung der Freibeträge für Hochverdiener finanziert werden. Entscheidend ist hier, dass nicht die Grenzsteuersätze für Hochverdiener erhöht werden, da dies deren Arbeitsanreize senken würde. Gleichzeitig aber würden u. U. die Arbeitsanreize von Niedriglohnbeziehern erhöht, da diese gegenwärtig ja die Sozialtransfers verlieren, wenn sie einen Einkommensschwellenwert überschreiten. Was die Anreize zur Arbeitsaufnahme angeht, so sollen die oben erwähnten Tests Aufschluss bringen. Es ist sicher eine Frage des Menschenbilds, ob man daran glaubt, dass die Anreize des UBI die Arbeitsangebotsentscheidung von Niedriglohnbeziehern verzerren oder nicht. In einer Welt, die immer mehr Unternehmertum von den Arbeitnehmern verlangt, kann ein Grundeinkommen helfen, schwierige Übergangsphasen besser zu überstehen als bislang. Hier gibt es aber sicher auch länderspezifische Unterschiede in der Beurtei-

Verteilungsforschung sieht bedingungsloses Grundeinkommen für nicht relevant an.

Denn bedingungsloses Grundeinkommen bedingt totalen Umbau des Sozialsystems.

Sozialpolitik in Zeiten der Digitalisierung

lung.

Befürworter des UBI sollten aber ins Nachdenken kommen, dass der kürzlich verstorbene Doyen der Verteilungsforschung, Sir Tony Atkinson, bei seinen Empfehlungen, wie man die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung lindern könne, ein Konzept wie das des UBI nicht aufführt (siehe [The 15 Proposals from Tony Atkinson's 'Inequality - What can be done?' - Tony Atkinson](#)).

Relativ pragmatisch sind auch die Vorstellungen der Obama-Administration (siehe nächste Abbildung), die eine Checkliste anbietet, die vielleicht leichter abzarbeiten ist als den mit einem UBI einhergehenden totalen Umbau des historisch gewachsenen Sozialsystems.

Sozialpolitische Vorschläge der Obama-Administration im Zusammenhang mit KI

Förderung frühkindlicher Erziehung für alle Einkommensgruppen
Highschool-Abschluss als Mindestziel
Zunehmende Fokussierung auf MINT-Fächer/Programmierung
Abbau der digitalen Kluft zwischen Reich und Arm
Zugang zu finanzierbarer Hochschulbildung
Erhöhung der Verfügbarkeit von Weiterbildungsmöglichkeiten
Erhöhung der Ausgaben für berufliche Bildung
Fokussierung auf Finanzierung von Weiterbildung für Berufe mit guten Aussichten
Verbesserung des Zugangs zu Lehrberufen
Verbesserung des sozialen Sicherungssystems
Arbeitslosenversicherung
Krankenversicherung (Medicaid)
Temporary Assistance for Needy Families (TANF)
Supplemental Nutrition Assistance Program (SNAP)
Verbesserung der Stellenvermittlung der Arbeitsämter
Senkung der Monopolmacht der Unternehmen
Erhöhung des Mindestlohns
Zulassen von mehr Überstunden zur Einkommenserzielung
Stärkung der Gewerkschaften
Makromanagement zur Sicherstellung hoher Arbeitsnachfrage
Abbau geographischer Hürden beim Stellenwechsel
Förderung lokaler Lösungen, wenn lokale Arbeitsmärkte durch Roboter besonders betroffen
Progressive Einkommensbesteuerung
Vorbereitung auf Worst-Case-Szenario

Quelle: White House, LBBW Research.

Sozialpolitik in Zeiten der Digitalisierung

4. Ein lernabhängiges Grundeinkommen als Lösung?

Zwar befürworten eine ganze Reihe von Unternehmenslenkern die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, um die Folgen der Digitalisierung abzufedern. Ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte den großen Vorzug der „Portabilität“. Es wird unabhängig vom Wohnort, vom Arbeitsort und von der Arbeitssituation gewährt. Es wäre ein dauerhaftes Sicherheitsnetz, das nicht eigens aktiviert werden muss.

Eine ähnliche Flexibilität für Arbeitnehmer könnte aber auch ein Vorschlag bringen, der aus Frankreich stammt. Anstatt eines bedingungslosen Grundeinkommens besäße jeder Bürger ein „Sozialkonto“. Von dem Konto könnte er nach einem Punktesystem Leistungen (monetär oder nicht-monetär) abheben, sich aber in guten auch gutschreiben lassen z.B. für Ausbildung, gemeinnützige Tätigkeiten, Wehrdienst etc. Natürlich kann man so ein Konto auch mit einem Anfangsguthaben versehen. Solch ein Konto wäre ebenso portabel wie das bedingungslose Grundeinkommen. Der Vorteil des Kontos wäre zudem, dass die Bürger zur Eigenverantwortlichkeit angehalten wären und deshalb sorgsam mit ihren Guthaben umgehen (müssen). Der Nachteil wäre, dass die verwaltungsmäßige Einfachheit des BGE entfielen. Ebenso müsste der Staat weiterhin Vorsorge treffen für alle Bürger, die selbst verschuldet oder unverschuldet, in Not geraten und deren sozialer Kontostand nicht ausreicht.

Alternativ könnte man sich angesichts der Herausforderungen an die Ausbildung der Arbeitnehmern in Zukunft eine Variation des Sozialkontos vorstellen – nämlich, dass zwar ein Grundeinkommen gezahlt wird, dieses aber nur dann, wenn der Arbeitnehmer Fortbildungsnachweise erbringt. Auch hier liegt der Teufel im Detail. Im Unterschied zu „Hartz IV“, das quasi als bedingtes Grundeinkommen für Langzeitarbeitslose gelten kann, da die Arbeitslosen Auflagen auch in Form von der Arbeitsagentur angebotenen Weiterbildungen erfüllen müssen, würde das Grundeinkommen an alle Erwerbstätige gezahlt.

Einfacher und weniger revolutionär wäre u. U. die Einführung von Lohnsubventionen. Wie jedes sozialpolitische Instrument gehen auch sie mit Anreizproblemen einher und ihre erhofften positiven Effekte hängen sehr von der Ausgestaltung ab, es macht aber fiskalisch einen Unterschied, ob man einen Arbeitnehmer, der eine zu niedrige Produktivität aufweist, um ein gesellschaftlich akzeptiertes Lohnkommen zu erwirtschaften, ein zusätzliches Einkommen zahlt bzw. den Arbeitgebern den Differenzbetrag erstattet oder ob man dem Arbeitnehmer unabhängig von einer Arbeitsleistung das gesamte sozial akzeptierte Grundeinkommen zahlt. Die empirische Evidenz für positive Wirkungen von Lohnsubventionen auf die Beschäftigung sind allerdings eher gering.

Eine Steuer auf Roboter wäre u.E. ein unproduktiver Weg, die sozialen Folgen der Robotisierung abzufedern – in dieser Logik hätte man z. B. auch Waschmaschinen besteuern müssen, weil diese nach ihrer Erfindung Waschfrauen zunehmend arbeitslos machten. Besser wäre es, die Gewinneinkommen der Eigentümer der Roboter zu

Sind Lohnsubventionen eine Lösung?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte den großen Vorzug der „Portabilität“.

Das französische Sozialkonto als Vorbild?

Einfacher und weniger revolutionär wäre u. U. die Einführung von Lohnsubventionen

Eine Steuer auf Roboter wäre kontraproduktiv.

Sozialpolitik in Zeiten der Digitalisierung

besteuern und die Gewinne an die Arbeitnehmer auszuschütten.

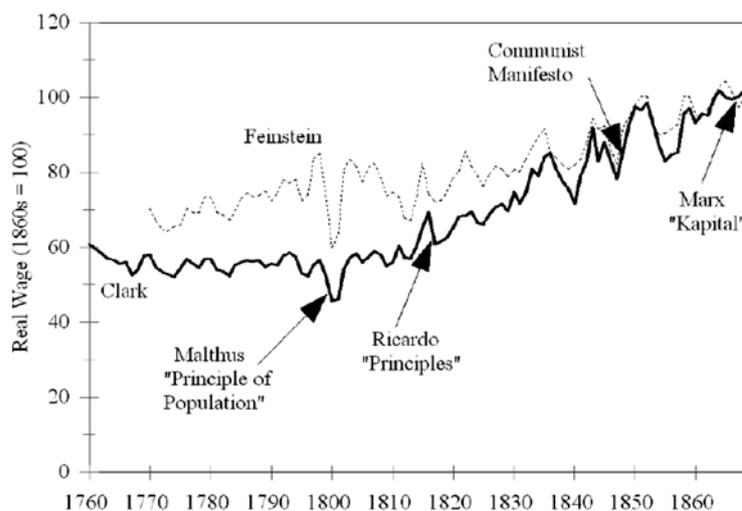
Der Mindestlohn ist ein populäres, aber relativ ineffizientes Instrument zur Stabilisierung der Einkommen der unteren Lohngruppen. Zwar wurden seit seiner Einführung im Jahr 2015 hierdurch nicht wirklich Stellen vernichtet, gleichzeitig wurden durch ihn aber signifikant die Anreize gesenkt, neue Stellen zu schaffen – hierfür gibt es insbesondere für Ostdeutschland empirische Evidenz. Die beste Sozialpolitik ist aber immer noch ein brummender Arbeitsmarkt mit Stellenaufbau.

5. Fazit

Die Industrielle Revolution ging mit großen Verwerfungen an den Arbeitsmärkten her. Zwar steigerte die Industrielle Revolution langfristig über die höhere Produktivität enorm die Reallöhne, in den ersten Jahrzehnten nach Einführung der neuen Maschinen sanken aber zunächst die Löhne in England (siehe nächste Abbildung). Diese Verwerfungen brachten den Bedarf nach dem Einführung eines Wohlfahrtsstaates mit sich, die Arbeiterbewegung und Gewerkschaften hat in den Folgen der Industriellen Revolution ihre Wurzeln, aber auch extremere Ideen wie der Kommunismus wurzeln hier.

Mindestlöhne sind populär, aber ineffizient.

Reallöhne während der Industriellen Revolution



Quelle: Clark, Gregory, The condition of the working-class in England, 1209 -2004.

Sozialpolitik in Zeiten der Digitalisierung

Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass die 4. Industrielle Revolution ähnliche Anpassungen an den Sozialstaat notwendig macht und „neue“ politische Ideen aufkommen werden, die versprechen, die technologischen Umbrüche sozial abzufedern. Die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts steht vor der wesentlichen Herausforderung, die Arbeitnehmer an den Früchten des technologischen Fortschritts zu beteiligen. Statt Sozialtransfers wird hier die Weiterbildung immer wichtiger.

Wir würden befürworten, dass die Arbeits- und Sozialpolitik sich in Experimenten in ausgewählten Landkreisen ausprobiert, um für den deutschen Arbeitsmarkt institutionell adäquate sozialpolitische Lösungen in einem „learning-by-doing“ zu finden. Auszuprobieren wären hier Formen des Sozialkontos nach französischem Vorbild, Lohnsubventionen oder ein lernabhängiges Grundeinkommen. Hier ist essenziell, dass die Anreizwirkungen dieser Instrumente auf die Beschäftigten und die Effekte auf die Einkommens- und Beschäftigungssituation herausgearbeitet werden. Nach einer wissenschaftlich begleiteten Evaluation derartiger arbeitsmarktpolitischen Feldexperimente könnten die erfolgreichen Versuche auf ganz Deutschland übertragen werden.

Die deutsche Sozialpolitik muss sich in Feldexperimenten ausprobieren.

Appendix

Disclaimer

Bitte beachten Sie

Die LBBW unterliegt den Aufsichtsbehörden Europäische Zentralbank (EZB), Postfach 16 03 19, 60066 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1253, 53002 Bonn/Postfach 50 01 54, 6039 1 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur zu Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Diese Publikation richtet sich nicht an Privatkunden und erfüllt die Anforderungen des § 4 Abs. 4 WpDVerOV im Hinblick auf Aussagen zu früheren Wertentwicklungen der behandelten Finanzinstrumente, Finanzindexe oder Wertpapierdienstleistungen nicht.

Mitteilung zum Urheberrecht: © 2014, Moody's Analytics, Inc., Lizenzgeber und Konzerngesellschaften ("Moody's"). Alle Rechte vorbehalten. Ratings und sonstige Informationen von Moody's ("Moody's-Informationen") sind Eigentum von Moody's und/oder dessen Lizenzgebern und urheberrechtlich oder durch sonstige geistige Eigentumsrechte geschützt. Der Vertriebshändler erhält die Moody's-Informationen von Moody's in Lizenz. Es ist niemandem gestattet, Moody's-Informationen ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Moody's ganz oder teilweise, in welcher Form oder Weise oder mit welchen Methoden auch immer, zu kopieren oder anderweitig zu reproduzieren, neu zu verpacken, weiterzuleiten, zu übertragen zu verbreiten, zu vertreiben oder weiterzukaufen oder zur späteren Nutzung für einen solchen Zweck zu speichern. Moody's® ist ein eingetragenes Warenzeichen.

Appendix Ansprechpartner

KUNDENBETREUUNG

SPARKASSEN	+49 711 127- 7565
GENOSSENSCHAFTSBANKEN	+49 711 127-28225
REGIONAL- UND SPEZIALBANKEN	+49 711 127-78708
ASSET MANAGER	+49 711 127-75322
LIABILITY DRIVEN INVESTORS	+49 711 127-75291
SALES SHORT TERM PRODUCTS	+49 711 127- 7574
BANKS DEVELOPED MARKETS	+49 711 127-78847
BANKS GROWTH MARKETS	+49 711 127-79512
OFFICIAL INSTITUTIONS	+49 711 127-28280
EQUITY SALES	+49 711 127-25333

SALES CAPITAL MARKETS LONDON	+44 207 826- 8175
SALES CORPORATES IMMOBILIEN	+49 711 127-75678
SALES CORPORATES LARGE CORPORATES	+49 711 127-78709
SALES CORPORATES KEY ACCOUNTS	+49 711 127-75679
SALES CORPORATES UK REGIO	+49 711 127-75677
	+49 711 127-27888
MARKTPARTNER UNTERNEHMENSKUNDEN	+49 711 127- 7552
MARKTPARTNER PRIVATKUNDEN	+49 711 127-25501
PRIMARY MARKETS	+49 711 127-78825
CORPORATE CAPITAL MARKETS	+49 711 127-78825

RESEARCH

UWE BURKERT
LEITER DES BEREICHS RESEARCH
CHEFVOLKSWIRT
+49 711 127-73462
uwe.burkert@lbbw.de

STRATEGY RESEARCH

ROLF SCHÄFFER, CIAA
LEITER DER GRUPPE
STRATEGY/MACRO
+49 711 127-76580
rolf.schaeffer@lbbw.de

STRATEGY

WOLFGANG ALBRECHT
EQUITY STRATEGY
+49 711 127-73258
wolfgang.albrecht@lbbw.de

CHRISTIAN GÖTZ, CEFA
CREDIT STRATEGY, FINANCIALS
+49 711 127-74470
christian.goetz@lbbw.de

JAN HOFMEISTER
CREDIT STRATEGY, CORPORATES
+49 711 127-79392
jan.hofmeister@lbbw.de

FRANK KLUMPP, CFA
EQUITY STRATEGY, ASSET
ALLOCATION
+49 711 127-75894
frank.klumpp@lbbw.de

MICHAEL KÖHLER, CEFA
CREDIT STRATEGY, CORPORATES
+49 711 127-42664
michael.koehler@lbbw.de

DR. FRANK SCHALLENBERGER
COMMODITIES, ALTERNATIVES
+49 711 127-77436
frank.schallenberg@lbbw.de

MARTIN SIEGERT
QUANTITATIVE ANALYSIS, TECHNICAL
ANALYSIS, BEHAVIORAL FINANCE
+49 711 127-76182
martin.siegert@lbbw.de

UWE STREICH
EQUITY STRATEGY
+49 711 127-74062
uwe.streich@lbbw.de

ELMAR VÖLKER
RATES STRATEGY
+49 711 127-76369
elmar.voelker@lbbw.de

MACRO
DIRK CHLENCH
USA, UK
+49 711 127-76136
dirk.chlench@lbbw.de

MATTHIAS KRIEGER
CHINA, JAPAN, EM
+49 711 127-73036
matthias.krieger@lbbw.de

DR. JENS-OLIVER NIKLASCH
DEUTSCHLAND, EURORAUM
+49 711 127-76371
jens-oliver.niklasch@lbbw.de

JULIAN TRAHORSCH
EZB, EURORAUM
+49 711 127-76683
julian.trahorsch@lbbw.de

MANFRED WOLTER
SCHWEIZ, OSTEUROPA
+49 711 127-42816
manfred.wolter@lbbw.de

DR. GUIDO ZIMMERMANN
ECONOMICS
+49 711 127-71640
guido.zimmermann@lbbw.de

MARCO GÖCK
LEITER DER GRUPPE CORPORATE/RETAIL
DEVELOPMENTS
+49 711 127-70493
marco.goeck@lbbw.de

BARBARA AMBRUS
CORPORATE DEVELOPMENTS
+49 711 127-73461
barbara.ambrus@lbbw.de

CLEMENS BUNDSCHUH
RETAIL DEVELOPMENTS
+49 711 127-74029
clemens.bundschuh@lbbw.de

MARTIN DRESP
CORPORATE DEVELOPMENTS
+49 711 127-48938
martin.dresp@lbbw.de

MARTIN GÜTH
CORPORATE/RETAIL DEVELOPMENTS
+49 711 127-79603
martin.gueth@lbbw.de

THOMAS HOLLENBACH
RETAIL DEVELOPMENTS
+49 6131 64-42794
thomas.hollenbach@lbbw.de

HANS-PETER KUHLMANN
CORPORATE DEVELOPMENTS
+49 711 127-70563
hans-peter.kuhlmann@lbbw.de

ANTJE LASCHEWSKI
RETAIL DEVELOPMENTS
+49 711 127-73064
antje.e.laschewski@lbbw.de

DR. KATJA MÜLLER
CORPORATE/RETAIL DEVELOPMENTS
+49 711 127-42106
katja.mueller@lbbw.de

BLOOMBERG: LBBK <GO>